

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0896890

P/XV/286 - 16. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Endlich mit Namen</u> Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger kolportiert Verleumdungen gegen Willy Brandt Von Franz Barsig	46
2 - 3	<u>De Gaulle zwischen rechts und links</u> Die Situation in Frankreich vor dem Referendum Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	66
3	<u>Takt</u> Stevenson - nicht mehr persona non grata bei Adenauer	26
4 - 5	<u>Prag muß die Werksküchen neu organisieren</u> Wo der Apparatschik versagte - Tschechen bleiben Individualisten	75
6 - 7	<u>Äthiopien in Bewegung</u> Nur Palastrevolte oder Kampf um Reformen?	80

* * * * *
* * *

Endlich mit Namen

Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger kolportiert
Verleumdungen gegen Willy Brandt

Von Franz Barsig

Endlich! Darauf warten wir seit langen Wochen, daß die Verleumdungskampagne, die im Untergrund gegen den Kanzlerkandidaten der SPD, Willy Brandt, geführt wird, einen Namen bekommt. Bisher war es so, daß diese Schutzarbeit den kleinen, namenlosen Funktionären der CDU/CSU überlassen wurde, während die Großen ihre Hände in Unschuld wuschen und sogar die Verantwortlichkeit für ihre eigenen Publikationsorgane ableugneten.

Jetzt aber hat sich einer zu Wort gemeldet, der in der Münchener "Abendzeitung" vom 8. Dezember 1960 unter der Überschrift "Die Stimme der CDU" vorgestellt wird, und es ist kein geringerer als Dr. Richard Jaeger, der nicht nur ein führender Politiker der CSU, sondern auch noch Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und einer der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages ist. Diese Titel sollen in Erinnerung gebracht werden, weil man von einem Mann, der in einer Demokratie so wichtige Ämter einnimmt, zumindest eine anständige Sprache erwarten dürfte. Aber noch nicht einmal das ist in dem erwähnten Artikel der Fall.

Was hat Herr Dr. Jaeger dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, vorzuwerfen? Zunächst, daß er viel reist. Ein "schwerwiegender" Vorwurf, wenn man weiß, daß Willy Brandt fast seine sämtlichen Auslandsreisen im Einverständnis mit der Bundesregierung durchführte.

Es ging nämlich bei fast allen diesen Reisen seit der sowjetischen Note vom November 1958, die Berlin in ihren Würgegriff ziehen wollte, darum, die freie Welt zu mobilisieren und überall Helfer für Berlin zu finden. Willy Brandt hat sich dieser Aufgabe mit großem Geschick und großem Erfolg unterzogen, und wenn das Sechs-Monate-Ultimatum, das in dieser Note enthalten war, nicht wirksam wurde, dann verdanken wir das nicht zuletzt Willy Brandt und seinen Reisen. Dieses "Argument" von Herrn Dr. Jaeger ist also nicht ernstzunehmen.

Böse dagegen ist die Behauptung, daß Willy Brandt im spanischen Bürgerkrieg in den Reihen derjenigen war, "die für den Sieg des Weltbolschewismus kämpften". Von Dr. Jaeger sollte man annehmen, daß er wissen mußte, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin während des spanischen Bürgerkrieges zwar in Spanien war, aber nur als Journalist und Berichterstatter für eine skandinavische Zeitung. Er hat sich weder an Kampfhandlungen beteiligt, noch während dieser Zeit Partei ergriffen, sondern das getan, was Aufgabe von Journalisten in allen Zeiten und allen Ländern gewesen ist, nämlich über das berichtet, was er sah.

Weiß Dr. Jaeger nicht, daß Verleumder wegen dieser Behauptungen bereits vor Gericht standen und rechtskräftig abgeurteilt worden sind? Legt er so großen Wert darauf, auch vor der Kadi zu stehen oder glaubte er, seine parlamentarische Immunität könne ihn für alle Zeiten schützen? So sollte sich kein Abgeordneter verhalten, geschweige denn ein Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Andererseits ist es aber gut, daß Dr. Jaeger für die perfiden Angriffe auf Willy Brandt seinen Namen hergab, denn bisher hat die CDU/CSU immer behauptet, sie habe damit nichts zu tun und jede Verantwortung abgelehnt. Jetzt hat sich einer ihrer Parteiführer selbst entlarvt.

De Gaulle zwischen rechts und links

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die politische Erhebung der mohammedanischen Bevölkerung in den algerischen Städten bestimmt gegenwärtig in grossem Masse die politische Entwicklung in Paris. Die Kundgebungen, insbesondere in der Kasbah, jener Araberstadt, die man in verantwortlichen französischen Kreisen als politisch sicher betrachtete, und die jetzt ganz offen unter den Augen der Polizei und des Militärs für die Parolen der FLN demonstriert, wurden in Paris nicht überhört. Man rechnet mit einem Andauern der Bewegung bis zum Volksentscheid am 8. Januar, der trotz der Warnungen verschiedener politischer Gruppen am festgesetzten Tag stattfinden soll.

Die überraschende politische Wendung in Algerien stellt politische Probleme, die bis jetzt nicht gelöst sind. Man befindet sich zur Zeit noch im Stadium der gegenseitigen Vorwürfe, der sogenannten "Schuldfrage". Die Rechtsradikalen beschuldigen selbstverständlich de Gaulle, mit seiner liberalen Politik die FLN ermuntert zu haben. Aber auch auf der linken Seite wird unbarmherzig Kritik am gaullistischen Regime geübt und es werden sofortige Verhandlungen mit Ferhad Abbas gefordert.

Rechtsradikale im Schussfeld der öffentlichen Meinung

Die französische Regierung und ein grosser Teil der öffentlichen Meinung richten ihre Pfeile jetzt gegen die französischen Rechtsradikalen, gegen die jetzt zum ersten Male schärfere Massnahmen ergriffen werden. Nunmehr heisst es: die rechteradikalen Aktivisten hätten die Unruhen in Algerien bewusst provoziert, um de Gaulles liberalen Algerienplan zu torpedieren, die Armee zu scharfer Eingreifen gegen die Mohammedaner zu reizen und schliesslich einen neuen Putsch zu begünstigen. Dies ist heute die fast offizielle These der Regierung und ihrer Anhänger. Der "teuflische Plan" sei aber gescheitert, sagt der Informationsminister. Eine etwas gründlichere Säuberung, als sie nach dem Januar-Aufstand erfolgte, hat in zivilen und militärischen Aktivistenkreisen begonnen.

Diese Haltung und die Art der Argumentation deuten darauf hin, dass die Regierung sich entschiedener als bisher gegen die Rechtsopposition wendet und auf der anderen Seite die Linksopposition und auch die mohammedanische Masse zu gewinnen hofft. Bis jetzt allerdings ohne Erfolg.

Ende einer Fiktion

Fast alle Franzosen sind sich darüber klar, dass die Kundgebungen der algerischen Nationalisten keinesfalls nur Polizeiprobleme sind, sondern das Ende einer Fiktion bedeuten. Die einen bedauern dieses Fiasko, die anderen sehen ihre seit langem aufgestellte These bestätigt. Offensichtlich hat aber auch der von General de Gaulle geprägte Begriff "algerisches Algerien" einen schweren Stoß erhalten. Die Rechtsradikalen und auch die Rechtsbürgerlichen sehen in den letzten Unruhen eine Bestätigung dafür, dass eine Zwischenlösung nicht möglich ist, da de Gaulles algerische Republik rasch zu einer Diktatur der FLN führen würde.

Wer sagt Ja? - Wer sagt Nein?

Die Volksbefragung am 8. Januar steht somit in trübem Licht. Mehrere bürgerliche Gruppen werden mit "Nein" stimmen, weil sie das Selbstbestimmungsrecht der Algerier ablehnen. Die Kommunisten, die immerhin über 20 bis 25 Prozent der Wählerstimmen verfügen, haben ihre Anhänger aufgefordert, mit "Nein" zu antworten, um ihre grundsätzliche Opposition gegen de Gaulle zum Ausdruck zu bringen. Aber auch andere Teile der französischen Linken und einige Gewerkschaftsverbände neigen zum "Nein", oder zum Boykott der Volksbefragung, weil sie das Vertrauen zu de Gaulles Algerienpolitik verloren haben und überhaupt ihrer Unzufriedenheit Luft machen wollen. Nur die Gaullisten (UNR) haben sich bis jetzt eindeutig für das "Ja" entschieden. Die Sozialisten werden sich auf ihrem ausserordentlichen Parteitag am 21. und 22. Dezember mit verschiedenen Vorbehalten wahrscheinlich für das "Ja" entscheiden.

Eines ist gewiss: Staatspräsident de Gaulle wird nicht mehr 80 Prozent erhalten; er ist seiner Sache jedoch durchaus sicher. De Gaulle wird bis zum Referendum noch dreimal zum französischen Volk sprechen und dabei vielleicht neue Entscheidungen ankündigen, insbesondere die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen mit der algerischen Exilregierung. Auf diese Weise könnte das Steuer herumgerissen werden und grössere Massen, vor allem der französischen Linken, würden ihr Misstrauen verlieren.

+ + +

Takt

sp - Über Takt lässt sich streiten. Entweder man hat ihn, oder man hat ihn nicht. Auf dem Gebiete der Diplomatie gehört Takt zum guten Stil eines gewandten Diplomaten. - so mischt er sich nicht in Dinge ein, die ihn nichts angehen. Selbst gute Freunde können dadurch verschmüpft und verärgert werden. In den USA wurde es seinerzeit recht übel vermerkt - es war auf dem Höhepunkt der Präsidentschaftskampfes - als der Bundespresseschef von Eckart in höherem Auftrage gewisse Scandierungen vornehmen und dabei sowohl die Republikaner als auch die Demokraten wissen liess, welche Persönlichkeiten als Leiter des wichtigen Staatsdepartement in Bonner Sicht erwünscht oder nicht erwünscht wären. Der wendige, aber antsmüde gewordene von Eckart, einst Intimus des Bundeskanzlers, scheint dabei nicht immer eine glückliche Hand gehabt zu haben, manches von seiner heiklen Mission drang in die Öffentlichkeit. Darob betroffenes Schweigen auf der einen (mit nachfolgenden Dementis) und Indignation auf der anderen Seite. - Zu den Persönlichkeiten, die der Bundeskanzler nicht in hohen und höchsten Staatsämtern in den USA sehen wollte, gehört auch der seinerzeitige demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson. Wie zu erwarten, hielt sich der neue Präsident der USA, Kennedy, nicht an Bonner Wünsche, er vergab an Stevenson den bedeutenden Posten eines USA-Botschafters bei den Vereinten Nationen. Der gleiche von Eckart sah sich nun, und dies wiederum im höchsten Auftrag, genötigt, dem Freund und Berater Kennedys und künftigen USA-Vertreter bei der UNO, Stevenson, zu versichern, Bundeskanzler Adenauer hege gegen ihn kein Misstrauen. - Diese Panne hätte man sich wirklich ersparen können, behält sie doch einen peinlichen Nachgeschmack, zumal niemand den Bundeskanzler gefragt hatte, wer ihm sympathischer sei oder nicht.

+ + +

Prag muß die Werksküchen neu organisieren

(rh) Die Werks- oder Betriebsküchen gehören in der Tschechoslowakei seit Jahren schon zu einem der unstrittenen Probleme. Zuerst wurden sie von den Betrieben verwaltet, dann kamen sie unter die Fuchtel der staatlichen Vereinigung der Gaststätten und Speisehallen und jetzt werden sie zum 1. Januar dieser Verwaltung wieder entzogen und der "Fürsorge der Unternehmen, Betriebe oder Ämter sowie der Gewerkschaftsorganisationen" unterstellt. Zugleich erfährt man endlich auch, wieviele Berufstätige diese Betriebsküchen in Anspruch nehmen. Nach einer amtlichen Verlautbarung waren es im vergangenen Jahr rund 28 Prozent der Gesamtzahl der Werkstätigen, und zwar 1,27 Millionen Personen. Diese Zahl zeigt überaus deutlich, dass die Tschechen und Slowaken auch nach mehr als 12 Jahren Kommunismus Individualisten geblieben sind, dass sie den häuslichen Herd vorziehen und die im Vorjahr vorhandenen 5089 Betriebsküchen mit der Verabreichung von 1,27 Millionen Hauptmahlzeiten (nach denen die Zahl der Benutzer ermittelt wurde) sehr wenig Staat machen können.

Sechs Preisgruppen

Als die staatlichen Gaststätten die Betriebsküchen übernahmen, wurden sechs Preisgruppen von 2,20 bis 5,50 Kcs geschaffen (eine Kcs nach dem amtlichen Kurs gleich 58 Pfennige). Pro Mahlzeit zahlt das Unternehmen 1,10 Kcs zu. Das Vorjahr hat gezeigt, dass die Werkstätigen das Essen der billigsten Kategorie ablehnen; nur 2,5 Prozent der Kostgänger fanden es essenswert. 93,2 Prozent der Kantinenbesucher nahmen regelmässig das Essen der zweiten und dritten Preisgruppe, die übrigen Preisgruppen waren ihnen zu teuer. Die Zahl der ständigen Kostgänger muss im vergangenen Jahr stark zurückgegangen sein, denn sonst hätte sich die Regierung nicht zu dem Beschluss durchgerungen, die Betriebsküchen ab 1. Januar wieder den Betrieben zurückzugeben. Nur so ist es offenbar möglich, in den nächsten fünf Jahren das neue "Planziel" zu erreichen: bis 1965 soll die Zahl der ständigen Kostgänger auf zwei Millionen ansteigen. Das Ziel einer "Gemeinschaftsverpflegung für alle" wird auch dann noch bei weitem nicht erreicht sein, falls es im Lande der böhmischen und slowakischen (vielfach stark ungarischen) Küche jemals überhaupt erreicht werden kann.

Forderungen der Arbeiter durchgesetzt

Die einzelnen von der Regierung erlassenen Bestimmungen über die neue Organisation der Betriebsküchen zeigen, dass sich die Belegschaften

der Betriebe mit ihren Forderungen (und mit ihrer Sabotage der bestehenden Einrichtungen) weitgehend durchgesetzt haben. Die Betriebsküchen kehren eindeutig in die Kompetenz der Betriebe und ihrer Gewerkschaftsorganisationen zurück. Kleinere Betriebe, die sich eine Betriebsküche nicht leisten können und bisher von der Organisation der Gaststätten als wichtigstes Argument für die Aufrechterhaltung des Status quo benutzt wurden (weil die Gaststätten auf Kosten der Betriebe besser kalkulieren konnten), können Gemeinschaftsküchen schaffen und bestimmen, welcher Betrieb die Leitung übernimmt. Es können sich auch Betriebe an grosse Betriebsküchen anschliessen, deren Kapazität auf diese Weise besser ausgenutzt wird; in den Betrieben braucht dann nur die Ausgabe des Essens zu erfolgen, was bisher s.nderbarerweise nicht möglich war ("wo keine Betriebsküche, da auch keine Betriebsausspeisung"). Schliesslich dürfen auch Betriebsangehörige mit verkürzter Arbeitszeit sowie Heimarbeiter an den Vorteilen der Betriebsküche beteiligt werden und das Unternehmen hat auch für sie den Betriebsanteil zu zahlen. Die Einführung dieser Bestimmungen zeigt, wie vieles noch im Betriebsküchenwesen der kommunistischen Tschechoslowakei rückschrittlich ist und wie unsozial grosse Teile der Betriebsangehörigen behandelt wurden.

Regierung musste nachgeben

Das Wichtigste an dieser Neuregelung besteht jedoch darin, dass die Werktätigen nach jahrelangem Kampf es durchgesetzt haben, dass sie wieder über den Speisezettel selbst verfügen können. Keiner ist mehr gezwungen, das Essen der Gaststätten abzunehmen, es dürfen in Zukunft auch nicht mehr die verschiedenen obskuren "Fachleute" hineinreden, die den allerdings erfolglosen Versuch unternommen hatten, die böhmische Küche nicht zu rachen; sie enthalte zu viele Knödel, es werde zu viel Fleisch und Fett verwendet und sie bevorzuge zu viele Mehlspeisen (die gutes Mehl, Butter und Eier zu ihrer Herstellung erfordern). Von den Speisen, die sie bisher in den Betriebsküchen bekamen, wurden weder Arbeiter, noch Angestellte satt. Versuche, Eintopfgerichte zu kochen, scheiterten auch dann, wenn die Zutaten sehr gut waren. Für das "Fressen aus einem Topf" hatten die Tschechen schon während der Protektoratszeit im Kriege nichts übrig und es wurde auch unter kommunistischen Vorzeichen für sie nicht schmackhafter. Auch wollen sich die Betriebe wieder selber um die notwendigen Nahrungsmittel kümmern und deren Qualität auch selber kontrollieren.

Wenn jemand schon in einer Betriebskantine isst, so will er in der Tschechoslowakei auch gut essen; der Prager Regierung blieb nichts anderes übrig, als dieser elementaren Forderung nachzugeben und so ihre Niederlage bei der bisherigen Gemeinschaftsverpflegung einzugestehen. + + +

Äthiopien in Bewegung

W.R. Abessinien ist ein Land von etwa 1,1 Quadratkilometern Grösse. Es wird von ca. 12 Millionen Einwohnern bewohnt. Davon gehören nur etwa vier Millionen zu den eigentlichen Abessiniern, den Amharen. Die übrigen sind Negerstämme mit mohamedanischem Glaubensbekenntnis. Seit dem vierten Jahrhundert gehören die Amharen der christlichen Religion, der Koptischen Kirche an. Sie sind die herrschende Schicht in Abessinien.

Wie Abessinien entstand

Das heutige Abessinien wurde durch Eroberungen des Kaisers Menelik II. im 19. Jahrhundert geschaffen. Ausgehend von den Kernprovinzen am Tsanasee eroberte er im Laufe seiner Herrschaft die übrigen Gebiete. Etwa siebenzig Sprachen und Dialekte werden in dem Land gesprochen. Der kulturelle und zivilisatorische Unterschied zwischen den herrschenden Amharen und den unterworfenen Negerstämmen ist sehr gross.

Menelik II. schuf also ein Kolonialreich mit einem Kernstaat um den Tsanasee. Engländer, Franzosen und Italiener versuchten mit wechselndem Glück das Land zu erobern. Naturschätze, wie Baumwolle, Kaffee und Mineralien lockten zu kolonialen Abenteuer. Für die Engländer war besonders das Nilwasser, das aus dem Tsanasee gespeist wird, wichtig; die Baumwollernte im Niltal ist völlig davon abhängig. Schon im 13. Jahrhundert hatte der Herrscher Lalibala hohe Mauern im Tsanasee errichtet, um die Wasser des Blauen Nils abzuleiten.

Vergebliche Angriffe der ehemaligen Kolonialmächte

Äthiopien war bis vor kurzem von Kolonien der Grossmächte umgeben. Jeder versuchte seinen Einfluss im Lande auszudehnen. Nur grosse Verkehrsschwierigkeiten hinderten England und Frankreich, einen direkten Angriff zu wagen. Italien jedoch versuchte Ende des vorigen Jahrhunderts einen Angriff aus seiner Kolonie Eriträä. 1886 musste es diesen Versuch mit einer eklatanten Niederlage bei Adua bezahlen. Erst 1935, als Mussolini wieder zum Angriff blies - er bezeichnete die Niederlage als "rationale Scharde" - gelang es mittels moderner Technik, das Land zu erobern. Abessinien wurde in das sogenannte italienische Imperium eingegliedert. Mit dem verlorenen Krieg gingen mit Abessinien auch der angrenzende Kolonialbesitz verloren. Das Land war wieder frei.

Immer wieder Machtkämpfe

Die Rebellion des Kronprinzen, der in diesen Tagen seinen Vater absetzte, ist durchaus keine Ausnahmeerscheinung in der mehrtausendjährigen Geschichte des Landes, dessen amtlicher Name - Mangasta Itiopia lautet. Noch im 20. Jahrhundert gab es um die Thronfolge nach Menelik II. turbulente Machtkämpfe, die mit dem Sieg des jetzt abgesetzten Herrschers endeten. Nach dem Tode des Kaisers Menelik II wurde dessen Enkel

Lidj Yasu Kronprätendent. Lidj Yasu, ein fünfzehnjähriger, unerfahrener Knabe, hatte mit seinem einflussreichen Anhang nicht verstanden, seine Macht zu festigen. Sein schwerster Fehler war, dass er zum Moslemglauben übertrat und damit die mächtige Priesterschaft der koptischen Kirche sich zum Feind machte. Nach seiner Entmachtung wurde er an einsamer Stelle an eine goldene Kette geschmiedet, an deren anderem Ende ein hoher Würdenträger hing. Während des Abessinienkrieges wurde er beseitigt.

Menelik II. herrschte nach uralter feudaler Tradition, aber er hatte in seiner Regierungszeit einen gewissen Wandel in das Land gebracht. Er öffnete die Türen des verschlossenen Landes nach draussen und zur Erschliessung liess er die berühmte Bahn vom französischen Djibuti nach der 1889 gegründeten Hauptstadt Adis Abeba bauen. Der Bau dauerte von 1887 bis 1913.

Tod des Kaisers drei Jahre geheimgehalten

Menelik II. starb 1913. Sein Tod wurde drei Jahre geheimgehalten. Frau und Tochter wechselten sich in der Zwischenzeit mit Lidj Yasu in der Machtausübung ab. Erst 1930 konnte Ras Tafari, der heutige Kaiser Haile Selassie I., sich zum Nagusa Nagast, dem König der Könige, krönen lassen. Seit dieser Zeit übt er die Macht mit der kurzen Kriegsunterbrechung absolut aus. Einige demokratische Requisiten stehen ihm zu seiner Machtausübung zur Seite.

Ursachen der Rebellion

Die Rebellion des Kronprinzen scheint, wenn nicht alle Zeichen trügen, nicht nur eine der üblichen Nachfolgekämpfe zu sein. Im Lande regen sich Kräfte, die das Anbrechen einer neuen Zeit ankündigen. Viele junge Äthiopier studieren auf Schulen in aller Welt und sie bringen einen anderen Geist in ihr Land zurück. Sie sehen, dass die Heimat ein zurückgebliebenes Land ist, dessen Reichtümer ungenutzt schlummern. Die herrschenden Kreise haben es nicht verstanden, den Anschluss an die neue Zeit zu finden. Bedäckt, alte Privilegien eifrig zu hüten, verharrten sie beim alten. Die Jungen merken, dass das absolutistische Regierungssystem nicht geeignet ist, das Land vorwärts zu bringen.

Ein weiteres Problem drängt nach Lösungen. Grosse Gebiete Äthiopiens sind erst vor wenigen Jahrzehnten unterworfen worden. Obwohl es keine offizielle Sklaverei gibt, befinden sich viele der dort lebenden Neger in einem der Sklaverei ähnlichen Zustand. Nun hat der Aufbruch Afrikas alarmierend auch auf diese Bevölkerungsschichten gewirkt. Die Söhne wohlhabender Gallas, Danakils und Somalis besuchen ebenfalls Hochschulen. Sie drängen zur nationalen Selbstbestimmung. Auch in Äthiopien klopft die neue Zeit an die Tür.

+ + +